

### **III. Untersuchungsrahmen und Indikatoren**

#### **III.1. Quellen**

Die schulstatistischen Daten für den Zeitraum 1920 bis 1995, auf deren Grundlage die Berechnungen und Analysen in der vorliegenden Arbeit erfolgen, sind Bestandteil der im Rahmen des DFG-Projektes "Regionale Schulentwicklung im Ost-West-Vergleich 1920/1945-1995" erstellten Datenbank, für deren Organisation und Verwaltung der Verfasser verantwortlich zeichnete.<sup>207</sup>

Der bereits vorliegende Tabellenteil des zur Veröffentlichung der Daten geplanten „Datenhandbuchs Regionale Schulentwicklung“ enthält eine weitgehend vollständige, abschließend geprüfte Dokumentation der Zahl der Schülerinnen und Schüler nach Jahrgangsstufen und Schularten sowie der Zahl der Schulen nach Schularten in den Untersuchungsregionen Berlin und Brandenburg sowie in den Verwaltungsbezirken Berlins bzw. in ausgewählten, für die Zeit nach 1945 dokumentierten Kreisen Brandenburgs. Das Gliederungsprinzip der Tabellen unterscheidet dabei jeweils zwischen Schularten und -typen, auslaufenden bzw. im Aufbau befindlichen Schularten und -typen und – soweit möglich – zwischen privater und öffentlicher Trägerschaft.

Die Datensammlung basiert für den Zeitraum 1920 bis 1945 vor allem auf den gedruckten (Preußischen) Schulstatistiken sowie Statistischen Jahrbüchern, für die Zeit nach 1945 für Berlin-West auf den gedruckt vorliegenden schulstatistischen Erhebungen. Für Berlin-Ost und Brandenburg wurden für den Zeitraum 1945 bis 1989 umfangreiche ungedruckte Quellen, vornehmlich im Landesarchiv Berlin, im Landeshauptarchiv Potsdam sowie im Bundesarchiv Berlin erschlossen. Dabei handelte es sich in erster Linie um die Erhebungsunterlagen und Kennziffernsammlungen der in der Verantwortung des Ministeriums für Volksbildung der DDR durchgeführten schulstatistischen Erhebungen.<sup>208</sup>

Historische, besonders systemübergreifende Untersuchungen stehen vor dem Problem, im zurückgewandten Blick zum einen die Unterschiede der zu vergleichenden Entitäten nicht zu verwischen, andererseits durch eine im Analyseprozess notwendige Gleichsetzung jedoch nicht dort Gemeinsamkeiten zu konstruieren, wo diese nicht existierten. Im Rahmen der vorliegenden Arbeit, die zum Ziel hat, binnenregionale Schulentwicklung zwischen 1920 und 1995 zu untersuchen, stellt sich natürlich ebenso die Frage, an welchen Vergleichsindikatoren Forschung überhaupt ansetzen kann. Tenorth hat die historisch-empirische Forschung bereits dahingehend sensibilisiert, dass auch Begriffe wie ‚Höhere Schulen‘ oder ‚allgemeinbildendes Schulwesen‘

---

<sup>207</sup> Vgl. auch Abschnitt I.

<sup>208</sup> An dieser Stelle gilt mein ausdrücklicher Dank den Mitarbeiter/-innen und Hilfskräften des Projektes, die die nicht endenwollenden Einzelauswertungen mit viel Energie und Engagement zusammengetragen und strukturiert haben.

keineswegs hinreichend sind, „um die funktionale Vergleichbarkeit der Bildungseinrichtungen über den langen Zeitraum und die verschiedenen Systeme hinweg zu erreichen.“<sup>209</sup>

Als Ausweg aus diesem Dilemma der Unvergleichbarkeit von Unterschiedlichem wird in der vorliegenden Arbeit versucht, den Fokus der Aufmerksamkeit keineswegs nur auf den weiterführenden oder hochschulzugangsberechtigenden Teil des Schulwesens zu legen, sondern gleichzeitig und gleichberechtigt Disparitäten im mittleren und niederen Schulsegment zu analysieren.<sup>210</sup> Zusätzlich wird versucht, möglichst wenig im Prozess der statistischen Erfassung selbst verzerrte Indikatoren zu benutzen, da nur so eine historisch übergreifende Vergleichbarkeit gewährleistet werden kann. Weiterhin war eine wichtige Voraussetzung des Vergleichs die Betrachtung von langen Zeitreihen – Veränderungen sollten nicht anhand von Untersuchungen einzelner Querschnitte postuliert werden, sondern im konkreten Entwicklungsverlauf nachgezeichnet werden.<sup>211</sup>

Da sozialstatistische Angaben (sofern überhaupt vorhanden) immer ein Spiegel der aktuellen Schichtungsmodelle sind, soll in dieser Arbeit auf sozialstrukturelle Daten verzichtet werden.<sup>212</sup> Praktisch ist es nahezu unmöglich, Angaben zur sozialen Herkunft der Schüler und Schülerinnen in verschiedenen Schularten bzw. -typen in derart großen, systemübergreifenden historischen Zeiträumen zu vergleichen – zu stark sind die Verzerrungen der Sozialstatistiken durch die (systemgeprägten) sozialen Hierarchiemodelle, unmöglich wäre es, die Strukturierung der sozialen Hierarchie verschiedener Quellen einander anzugleichen.<sup>213</sup> Die spannende Forschungsfrage, inwieweit sich der Zusammenhang zwischen binnenregionalen Disparitäten in der Sozialstruktur und jenen im Schulwesen verändert hat, kann darum nicht beantwortet werden.

Weiterhin wird für die Untersuchung der binnenregionalen Schulentwicklung in der Region Berlin-Brandenburg zwischen 1920 und 1995 auch auf explizite Abgänger- und Absolventen-

---

<sup>209</sup> Tenorth 2001, S. 297.

<sup>210</sup> Vgl. ebd., S. 298.

<sup>211</sup> Vgl. auch Schmitz 1992.

<sup>212</sup> „Aussagen über Ausmaß und Veränderungen der sozialen Ungleichheit im Zugang zu Bildungsrängen und Berufspositionen hängen, wie viele vergleichbare sozialgeschichtliche Fragestellungen, in hohem Maße von den der Analyse zugrunde liegenden Modellen der sozialen Schichtung ab.“ (Lundgreen/Kraul/Ditt 1988, S. 351).

<sup>213</sup> Lundgreen/Kraul/Ditt 1988 entwickeln beispielsweise für ihre Untersuchung auf Basis von über 1000 Einzelberufen ein eigenes Klassifikationsschema, welches für den untersuchten Zeitrahmen eine zum einen den heutigen Ansprüchen genügende, zum anderen nachvollziehbare Strukturierung der beruflichen und damit sozialen Hierarchie bildet. Dieser enorme Aufwand, gestützt auf Kirchenbücher oder Standesamtsregister ein eigenes Modell der zu untersuchenden Gesellschaft zu schaffen, der bereits für einzelne, begrenzte Zeiträume nur sehr schwer zu leisten ist, kann jedoch keinesfalls für den hier angestrebten Vergleich von sehr verschiedenen Gesellschaftssystemen mit jeweils unterschiedlichen Berufshierarchien geleistet werden. Üblicherweise nutzen historische Sozialwissenschaftler darum die in den zeitgenössischen Statistiken bestehenden Klassifikationen der Berufsgruppen und begeben sich damit jedoch auf sehr ungesichertes Terrain. Lundgreen/Kraul/Ditt weisen darauf hin, dass die in den Statistiken vorhandenen Strukturierungen der Berufsbilder meist sehr ungenau sind und zusätzlich noch von Autor zu Autor schwanken. Häufig sind die Zuordnungen zu den benannten Berufsgruppen entweder nicht transparent gemacht worden oder inhaltlich nicht mehr nachvollziehbar. Sollen dann gar mehrere Quellen parallel genutzt werden, hilft auch nicht die direkte, unhinterfragte Übernahme der Begrifflichkeiten des Autors weiter – die gebildeten Kategorien müssten auf den ‚kleinsten gemeinsamen Nenner‘ vereinfacht werden (vgl. Kaelble 1999).

daten verzichtet. Insofern derartige Informationen überhaupt vorlagen, mangelte es häufig an binnenregional differenzierteren Angaben. Der Hauptgrund dieser Beschränkung liegt aber im zusätzlichen Aufwand der eigenständigen Erfassung und Strukturierung dieser Informationen – dies muss darum anderen, weiterführenden Untersuchungen vorbehalten bleiben. Da sich die vorliegende Arbeit nur auf Schülerzahlen nach Schulstufen stützt, ist beispielsweise eine Analyse der Selektivität der Abschlussklassen nicht möglich – Schulerfolg kann hier maximal am Erreichen bestimmter Klassenstufen gemessen werden.

Die Angaben zur Zahl der Schulen sowie zur Zahl der Schüler/-innen nach Klassenstufen, die für längere Zeiträume vorliegen, sollen aus den oben genannten Gründen die Grundlage der Untersuchung zu regionalen Disparitäten in der Region Berlin-Brandenburg bilden. Diese Daten sind, sofern sie vorliegen, recht robust gegen Fehlinterpretationen und erlauben eine sehr dichte Dokumentation der Schulentwicklung im letzten Jahrhundert. Die Aggregationsebene der Schularten wird dabei nur im Einzelfall unterschritten, wenn es für bestimmte Aspekte der Untersuchung wesentlich erscheint. Dies bedeutet, dass die wohl ebenso vorhandenen Disparitäten zwischen den einzelnen Typen dieser Schularten keinen Eingang in die Analyse finden werden. Außerdem werden Angaben für Schüler und Schülerinnen auch nur dann unterschieden, wenn diese wie beispielsweise in der Weimarer Zeit auch verschiedene Schulen besuchten.

### **III.2. Indikatoren**

Im folgenden Abschnitt sollen die in der Untersuchung genutzten Indikatoren vorgestellt werden. Die vorliegende Arbeit wird dabei einerseits das Bildungsangebot, also die Infrastruktur der Versorgung mit verschiedenen Schulen, andererseits die verschiedenen Dimensionen der Nutzung dieses Angebotes im Auge behalten. Allerdings macht bereits Lundgreen darauf aufmerksam, dass Begriffe, welche in Analysen der westlichen Schulsysteme ihren sicheren Platz haben, auf die Verhältnisse in der DDR nur begrenzt angewandt werden können.<sup>214</sup>

Wenn also in den nachfolgenden Diskussionen Begriffe wie Angebot und Nachfrage auf das Schulsystem der DDR Anwendung finden sollen, so geschieht dies durchaus im Bewusstsein der damit verbundenen Probleme. Spätestens nach der Begrenzung des Zugangs zu weiterführenden Schulen seit Anfang der 70er Jahre ist offensichtlich, dass gerade die tatsächliche Nachfrage hierbei deutlich über die verfügbaren Plätze in den Erweiterten Oberschulen hinausging. Für das Bildungssystem der DDR werden diese Begriffe darum in dieser Arbeit lediglich zur Unterscheidung zwischen Schulinfrastruktur auf der einen Seite und Nutzung dieser auch limitierenden Strukturen auf der anderen Seite verwendet.

Die Verwendung des Nachfragebegriffs in diesem Sinne erscheint durchaus legitim, da gerade die Untersuchung binnenregionaler Disparitäten in der Schulversorgung auch in der Bundesre-

---

<sup>214</sup> „Angebot und Nachfrage, institutionelle Differenzierung und expansive Bildungsbeteiligung – diese Leitperspektiven sind gänzlich ungeeignet, wenn man den 40 Jahren Schulgeschichte der DDR gerecht werden wollte.“ Lundgreen 2000, S.141 Fußnote.

publik oder Berlin-West davon ausgehen muss, dass die Nachfragemessung anhand der Schülerzahlen nicht in der Lage ist, diejenigen Schüler/-innen zu erfassen, welche aufgrund eines zu geringen Angebotes vor Ort ihre Bildungsaspirationen an die gegebene Situation anpassten. Die tatsächliche Nachfrage ließe sich somit auch hier nur, in historischen Untersuchungen jedoch unter Inkaufnahme neuer Probleme, durch die Befragung der Schüler/-innen bzw. der Eltern selbst ermitteln.

### III.2.1. Schulangebot

Da für den übergreifenden Untersuchungszeitraum keine *empirischen* Beschreibungen der Bildungssysteme in der Region Berlin-Brandenburg vorliegen, ist es nötig, zuallererst die unterschiedlich strukturierten Schulsysteme genauer zu betrachten. Dies wird mit einer Untersuchung der Schulinfrastruktur verbunden, die Anzahl der verschiedenen Schulen und Schulangebote<sup>215</sup> soll dabei auf der Aggregationsebene Berlins bzw. der Teile Berlins und Brandenburgs bzw. der Bezirke Brandenburgs dargestellt werden. Aus dieser umfassenden Darstellung der Schulstruktur wird auch die teilweise recht deutliche innere Differenziertheit der im Folgenden betrachteten übergreifenden Schularten deutlich.

Ausgewählten Schulkategorien, die sich gerade für das Groß-Berliner (vor 1945) und das West-Berliner Schulsystem an dessen Dreigliedrigkeit orientieren, werden dann, soweit die Datenbasis dies zulässt, in ihrer Verteilung auf die Verwaltungsbezirke der Region dargestellt und diskutiert. Diese Angebotsseite kann Disparitäten in der Schulversorgung verdeutlichen und hat daher besonders in den Kreisen Brandenburgs durch die verlängerten Schulwege Konsequenzen für den Schulbesuch der Kinder.

Zur Beurteilung des Stellenwerts der weiterführenden Schulen im lokalen Schulgefüge wird der Indikator der Schuldichte genutzt. Dieser beschreibt den Anteil einer ausgewählten Schulart an der Gesamtzahl aller Schulen in der regionalen Untersuchungseinheit. Die Aussagekraft dieses Indikators wird jedoch dadurch getrübt, dass Schulen als absolute Zählseinheit keine Information über ihre durchaus vorhandenen unterschiedlichen Schulgrößen erlauben und somit nur begrenzt interpretierbar sind. Die vorliegende Datenbasis lässt eine Untersuchung auf Einzelschulebene nicht zu, somit wird in der Diskussion dieses Indikators vorerst nicht berücksichtigt, dass Einzelschulen gleicher Schularten unterschiedliche Schülerzahlen versorgen können. Erst ein folgender Vergleich mit den Nachfrageindikatoren kann tatsächlich aufzeigen, ob ein Zusammenhang zwischen der binnenregionalen Verteilung der Schulen und der Nachfrage besteht.

Insgesamt kann auf der hier behandelten Ebene der Zahl der Schulen nur recht ungenau über die tatsächlich resultierenden binnenregionalen Ungleichheiten geurteilt werden. Aus diesem

---

<sup>215</sup> Gerade bei Höheren Schulen waren in der Weimarer Zeit oft mehrere Schularten in einem Gebäude zusammengefasst, darum werden diese hier begrifflich trennend als Schulen vs. Schulangebote bezeichnet. Vgl. auch Abschnitt V.1.3.2.

Grund wird sich der Hauptteil der Arbeit mit der Nutzung dieser Infrastruktur, also der Nachfrageseite, befassen.

### III.2.2. *Schulnachfrage*

Wie bereits in der Einleitung dieses Abschnittes erwähnt wurde, soll sich die Untersuchung der Nachfrage hauptsächlich auf die Schülerstatistiken stützen und muss somit viel eher als Merkmal der tatsächlichen Nutzung denn als Abbildung der realen Nachfrage verstanden werden. Dabei wird zuallererst die Schülerpopulation im gesamten allgemeinbildenden Schulsystem diskutiert, da diese aufgrund der hohen Geburtdynamiken im letzten Jahrhundert erheblichen Schwankungen unterworfen war.

Erst diese Berücksichtigung der Schülerpopulationen kann auf besondere Situationen in der Auslastung differenzierter Schulsysteme einerseits wie auch auf deren zeitliche Korrelation mit Änderungen in der Schulstruktur aufmerksam machen. Um die Dreistufigkeit der Schulsysteme auch in den Schülerpopulationen besser abzubilden, werden diese für die Untersuchung in entsprechende Schülergruppen zusammengefasst.<sup>216</sup>

Darauf folgend sollen für die Region Berlin-Brandenburg Erfolgsquoten berechnet werden. Darunter wird im Rahmen dieser Arbeit derjenige Anteil von eingeschulten Schüler/-innen verstanden, welcher nach entsprechend vielen Jahren eine bestimmte, zu untersuchende Klassenstufe erreicht. So stand beispielsweise das Erreichen der Klassenstufe 9 lange Zeit für eine erweiterte Bildung. Eine Antwort auf die Frage, wie viele der eingeschulten Schüler/-innen überhaupt eine über den durchschnittlichen Schulabschluss hinausgehende Schulstufe erreichen, erlaubt Aussagen über Effektivität und Qualität der untersuchten Schulsysteme. Gleichzeitig kann anhand dieser Quote geprüft werden, inwieweit die üblicherweise als Schulpflicht festgelegten Klassenstufen von einem Großteil der Schüler/-innen erreicht werden.

So aussagekräftig Erfolgsquoten einerseits sind, so problematisch sind die Berechnungen durch die zugrunde liegenden langen Berechnungszeiträume. Beispielsweise vergleicht die Berechnung dieser Quote für das Erreichen der Stufe 9 Angaben zu Schüler/-innen verschiedener Klassenstufen, die acht Jahre auseinander liegen. Dabei stellt sich sofort ein deutliches Quellenproblem: Wenn Angaben zur Eintrittsstufe vorliegen, sind meist auch zum gleichen Jahr Angaben zur Stufe 9 vorhanden. Jedoch kann eine Berechnung der Erfolgsquoten erst für einen Zeitpunkt acht Jahre später einsetzen, falls dann wiederum für dieses Schuljahr Angaben nach Schulstufen vorliegen.

Zusätzlich haben Wanderungsbewegungen einen starken Effekt auf die berechneten Ergebnisse, was gerade die binnenregionale Differenzierung dieser Angaben deutlich verzerren kann. So ist offensichtlich, dass in (Sub-)Regionen, in denen eine starke Zuwanderung vorliegt, auch

---

<sup>216</sup> Je nach untersuchtem Zeitraum wird dabei zwischen Unter-, Mittel- und Oberstufe unterschieden, sinnvolle Schülergruppen werden anhand der aktuellen Schulstruktur und dem Maßstab der Vergleichbarkeit gebildet.

die berechneten erhöhten Erfolgsquoten lediglich Spiegel der Wanderung und nicht eines sonderlich ausgebildeten Schulsystems sein werden. Andererseits verdeutlicht die Erfolgsquote in Regionen mit starker Abwanderung trotz dieser Verzerrung den tatsächlichen Verlust der Schüler, ohne jedoch darüber Auskunft geben zu können, ob diese nicht am Wanderungsziel die entsprechende Schulstufe noch erreicht haben. Um die durch Wanderungsbewegungen entstehenden Effekte in den berechneten Erfolgsquoten auszugleichen, wurden diese darum teilweise an die Bevölkerungsentwicklung angepasst (vgl. Abschnitt III.3.1).

Außerdem muss davon ausgegangen werden, dass Wiederholer/-innen einzelner Klassen die berechneten Quoten verfälschen werden – lediglich bei gleichem Wiederholeranteil in Stufe 1 und der zu untersuchenden Zielstufe, der im Rahmen dieser Arbeit vereinfachend angenommen wird, würden sich die Erfolgsquoten robust gegenüber diesen Einflüssen verhalten.

Die oben genannten Gründe sprechen dafür, aufgrund der begrenzten Aussagekraft von Erfolgsquoten nach weiteren Parametern für die Untersuchung von Bildungsdisparitäten Ausschau zu halten. Dabei bietet sich die Fokussierung des ersten Übergangs im schulischen Entwicklungsweg der Kinder an, da an diesem, wie bereits im Abschnitt II.1.3 erwähnt, die Weichen für die weitere Bildungskarriere fast unverrückbar gestellt werden. Fehlentscheidungen an diesen Übergangsmomenten können nur unter wesentlich erhöhtem Aufwand und damit nur von einer Minderheit wieder wettgemacht werden.

Die Untersuchung soll darum auch die Verteilung der Schüler/-innen auf die unterschiedlichen Schularten, die in einem gegliederten Schulsystem zur Wahl stehen, berücksichtigen. Diese Verteilung, die sich lediglich auf ein Einzeljahr bezieht, vermeidet die direkte Beeinflussung durch Wanderungsbewegungen ebenso wie die verringerte Zahl von Untersuchungszeitpunkten aufgrund fehlender Quelleninformationen. Liegen für ein Einzeljahr die Zahlen der Schüler/-innen in allen Schularten vor, so können die Verhältnisse zwischen diesen Schularten für das Jahr berechnet werden.<sup>217</sup>

Allerdings sieht die ungegliederte Einheitsschulstruktur der DDR bis 1959 und ab 1981 keinen direkten Übergang innerhalb der Pflichtschulzeit zur weiterführenden Oberschule vor, eine Verteilung nach obigem Beispiel kann also in längeren Phasen nicht berechnet werden. Und auch in der Zeit zwischen diesen Zeitpunkten ist die Aussagekraft der Verteilung auf unterschiedliche Schularten nur begrenzt. Gerade in den Anfangsjahren nach der Einführung der zehnjährigen Schulpflicht muss davon ausgegangen werden, dass diese vielmehr Zielsetzung

---

<sup>217</sup> Da in diesen Einzeljahren häufig Angaben zu Schüler/-innen an Hilfs- und Sonderschulen fehlen und diese Schulart auch nicht als direkte Wahloption für Schüler/-innen bzw. Eltern in Betracht kommt, wurden diese Schularten zur Berechnung der Verteilung nicht mit berücksichtigt.

denn Realität war. So besuchten von denjenigen Schüler/-innen, die 1960 in Berlin-Ost eingeschult worden waren, 1968 lediglich 77% die Stufe 9 einer allgemeinbildenden Schule.<sup>218</sup>

Eine Möglichkeit, diese Verringerungen der Schülerzahlen an den Übergangsstufen im Einheitsschulsystem in die Berechnungen zu integrieren bietet sich, indem die Anzahl der Schüler/-innen in der Eingangsstufe der weiterführenden Schulen zur Zahl der Schüler/-innen im Vorjahr in der vorherigen Klassenstufe insgesamt ins Verhältnis gesetzt wird. Diese Übergangsquoten sind jedoch nicht nur für das Schulsystem der DDR besonders aussagekräftig, sie können auch allgemein genutzt werden, um die Wahrscheinlichkeit des Besuchs weiterführender Schulen für alle Schüler/-innen zu diskutieren.

Auch dieser Indikator hat durch seine übergreifende Berechnung ähnliche, wenn auch verringerte Ansprüche an die Datenquellen wie die Berechnung von Erfolgsquoten. Dabei muss wenigstens für zwei aufeinander folgende Jahre bekannt sein, wie groß die Zahl der Schüler/-innen in den entsprechenden Klassenstufen gewesen ist, um eine Quote zu ermitteln. Ebenso wie die Erfolgsquoten ist auch hier die berechnete Quote nur dann mit der tatsächlichen Quote identisch, wenn die Anteile der Wiederholer/-innen in den Stufen vor und nach dem Übergang gleich groß sind.

Besonders die Berechnung von innerstädtischen Disparitäten leidet jedoch an dem oftmals über den Stadtbezirk selbst hinausgehenden Einzugsbereich der weiterführenden Schulen. So muss davon ausgegangen werden, dass Schüler/-innen mit hoher Bildungsaspiration durchaus einen weiteren Schulweg in Kauf nehmen, um höhere Bildungsabschlüsse zu erzielen. Diese werden gerade den Wechsel zwischen der Schulart im Übergangsmoment auch dazu nutzen, eine ihren Vorstellungen entsprechende Schule zu wählen. Da die Schülerstatistiken lediglich schulortbezogene Informationen liefern, verzerrt hierbei ein Wechsel über Stadtbezirksgrenzen die Qualität der binnenregionalen Differenzierung der berechneten Übergangsquoten.<sup>219</sup>

Mit ähnlichen Problemen ist ein letzter Indikator, der in dieser Untersuchung verwendet werden soll, belastet. Die Berechnung des relativen Schulbesuchs bzw. der Bildungsbeteiligung stellt die Zahl der Schüler/-innen einer bestimmten Klassenstufe bzw. Stufengruppe ins Verhältnis zu den entsprechenden Altersjahrgängen der Schüler/-innen. So kann beispielsweise ermittelt werden, welcher Anteil der 17-jährigen Wohnbevölkerung sich noch im allgemeinbildenden Schulsystem befindet oder welcher Anteil der Altersgruppe eine ausgewählte Schulart

---

<sup>218</sup> Auch wenn diese Quote für eine Beurteilung der Verteilung von Schülern auf unterschiedliche Schularten Grenzen setzt, muss festgehalten werden, dass dieser Anteil jedoch deutlich über dem Wert in West-Berlin lag. Siehe auch Abschnitt VII.1.1.

<sup>219</sup> Wenn hier der Wechsel zwischen den Stadtbezirken Berlins als besonderes Problem dargestellt wurde, so zeigen sich auch in Brandenburg ähnliche Probleme. Der umliegende Landkreis konnte durchaus zum Einzugsbereich der Erweiterten Oberschule der Kreisstadt gehören – die resultierende Verfälschung der Ergebnisse könnte allerdings nur durch eine Untersuchung der ‚Landkreisschüler/-innen‘ an diesen EOS (beispielsweise über Angaben zu den angegliederten Internaten), die im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht möglich war, korrigiert werden.

besucht. Hierbei kann die Relation der Zahl der Schüler/-innen, die am Schulort bestimmt wird, mit Angaben zum Altersjahrgang, welche sich auf den Wohnort beziehen, ebenfalls deutlich durch Bildungspendler/-innen verfälscht werden. Erst eine direkte Angabe über deren Anzahl kann also die Ergebnisbefunde dieses Indikators auf binnenregionaler Ebene validieren. Zusätzlich wird dieser Indikator besonders durch überalterte Schüler/-innen bzw. Wiederholer/-innen beeinflusst, da zur Berechnung lediglich die idealtypischen Altersjahrgänge der Schüler/-innen ausgewählter Klassenstufen berücksichtigt werden können.

Da der letzte Indikator ebenso wie die Erfolgsquoten, wenn auch durch verschiedene externe Faktoren beeinflusst, die Bildungsergebnisse selbst ins Zentrum der Betrachtung setzt, sollen relativer Schulbesuch und Erfolgsquoten gemeinsam diskutiert werden. Vorher wird auf das Schulwesen in den Strukturen (Schulangebote) und auf die Entwicklung der Schülerpopulationen eingegangen. Auf die Untersuchung der Erfolgsquoten und Angaben zum relativen Schulbesuch wird dann eine Analyse der Übergänge in gegliederten Schulwesen folgen.

Insgesamt kann es mit einer Kombination der oben genannten Untersuchungsindikatoren gelingen, ein Bild schulischer Disparitäten zu entwickeln, welches die Realität der Nutzung von Schulangeboten im letzten Jahrhundert widerspiegelt. Die Anmerkungen zu den Grenzen der genannten Indikatoren, auf die im konkreten Anwendungsfall jeweils nochmals eingegangen wird, sollen dabei vor voreiliger oder zu weitgehender Interpretation von Einzelbefunden warnen.

Die Diskussion der Disparitäten zwischen den untersuchten Elementareinheiten (Stadtbezirken, Kreisen) wird dabei anhand der Standardabweichungen zwischen diesen geführt. Zusätzlich werden, um Standardabweichungen verschiedener Dimensionen miteinander vergleichen zu können, Variationskoeffizienten berechnet.<sup>220</sup> Diese geben die mittlere quadratische Abweichung einer Verteilung in Anteilen des Mittelwerts an und werden in dieser Arbeit als prozentuale Anteile dieses Mittelwertes angegeben.<sup>221</sup> Während die Standardabweichungen die Dimension des Untersuchungsmerkmals enthalten, sind die Variationskoeffizienten maßstabsunabhängig und „quantifizieren das, was man intuitiv unter ‚Variabilität‘ versteht, vielfach besser als die anderen Streuungsparameter“.<sup>222</sup>

<sup>220</sup> Diese werden auch als Variabilitätskoeffizienten bezeichnet.

<sup>221</sup> Der Variationskoeffizient gibt an, um welchen Anteil des Mittelwerts die Merkmalswerte im Durchschnitt um den Mittelwert streuen. Dabei ist zu beachten, dass dieser Mittelwert, an dem die Standardabweichung gewichtet wird, beispielsweise für die Bildungsbeteiligung aller Bezirke Berlins nicht, wie angenommen werden könnte, beim Wert von Berlin liegt, da alle Bezirke unabhängig von ihrer Größe gleichwertig in diesen berechneten Mittelwert eingehen. Eine Kritik an dieser Vorgehensweise muss auf die Frage rekurrieren, inwieweit die unterschiedlich großen Untersuchungseinheiten überhaupt vergleichbar sind – dies soll hier nicht weiter ausgeführt werden (vgl. dazu auch Abschnitt IV.2).

<sup>222</sup> Bamberg/Baur 1987, S. 21. Vgl. auch Pinnekamp/Siegmann 1990. Zur Verwendung des Variationskoeffizienten in der Bildungsforschung siehe bspw. Kämpfe/Wunberg, S. 883.



### III.3. Probleme der Indikatoren

Bei der Vorstellung der für die Untersuchung binnenregionaler Disparitäten angewandten Indikatoren wurde darauf verwiesen, dass diese durch Wanderungsbewegungen oder Bildungspendler/-innen zum Teil nicht unwesentlich verfälscht werden. Im Folgenden sollen für die unterschiedlichen Zeiträume die Größenordnungen der Einflüsse dieser schulsystemexternen Faktoren abgeschätzt und gegebenenfalls Wege aufgezeigt werden, wie diese Effekte ausgeblendet oder verringert werden können.

#### III.3.1. Wanderungsbewegungen

Langfristige Betrachtungen auf Basis der Schülerzahlen werden in ihren Aussagen besonders durch Wanderungsbewegungen beeinflusst. Wenn eine Untersuchungsregion beispielsweise einen starken Zuwanderungsüberschuss hat, so werden sich auch die Klassenstärken der einzelnen Jahrgänge immer weiter erhöhen. Als Resultat einer Berechnung von Erfolgsquoten zeigen sich dann deutlich überhöhte Anteile von Schüler/-innen, welche eine bestimmte Klassenstufe erreichen. In einer Zuwanderungsregion würde sich die berechnete Erfolgsquote erhöhen, ohne dass für die Schüler/-innen vor Ort tatsächlich vergleichsweise bessere Möglichkeiten bestanden, die Schule bis zu einer bestimmten Stufe zu besuchen.

Zeitlich begrenzte (binnen-)regionale Wanderungen, beispielsweise die Veränderungen durch den Mauerbau in Berlin, können über den direkten Vergleich mit den folgenden oder vorhergehenden Jahrgängen beim langfristigen Vergleich erkannt werden. Kurzzeitig würde sich die Quote ändern, in größerer zeitlicher Perspektive würden sich hingegen keine deutlichen Veränderungen in die Ergebnisse einprägen.

Wesentlich komplizierter sind Einflüsse von (binnen-)regionalen Wanderungen, welche längerfristig in eine bestimmte Richtung wirken. Zuallererst muss davon ausgegangen werden, dass die Binnenwanderung über Kreisgrenzen, unter anderem auch durch die Sicherstellung eines Arbeitsplatzes, in der DDR deutlich geringer war als in der BRD. Während der Anteil von Binnenwanderungen über Kreisgrenzen hinweg in der DDR 1970 bei 15,8% lag und bis 1980 auf nur noch 13,3% sank, so war die Mobilität in der Bundesrepublik fast dreimal so hoch. Dort verlegten 1970 48,2% der Bevölkerung ihren Wohnsitz über Kreisgrenzen hinweg, 1982 immer noch 35,8%.<sup>223</sup> Allerdings zeigen Betrachtungen der Bevölkerungsentwicklung, dass Berlin-West nach der Teilung der Stadt 1961 eher von Abwanderung geprägt war, während die Einwohnerzahl im Ostteil der Stadt deutlich stieg – die Hauptstadt der DDR war ein Wanderungsziel.

„Berlin (Ost) gehörte zwar nicht zu den Städten, die am schnellsten wuchsen (bis zum Mauerbau 1961 verringerte sich sogar die Wohnbevölkerung von Ostberlin). Entscheidend war jedoch, dass Berlin seit Beginn der 70er Jahre hinsichtlich des *Umfanges* der Zuwanderung unter den

---

<sup>223</sup> Angaben nach Beyme 1988, S. 436.

Städten der DDR an der Spitze lag. [...] Die regionale Umverteilung der DDR-Bevölkerung erfolgte zugunsten der Hauptstadt Berlin. Der umfangreiche Wohnungsbau in Ostberlin war einerseits eine Folge, andererseits eine Ursache dieser Entwicklung.<sup>224</sup> Infolge dieser Baumaßnahmen ist auch in Berlin-Ost von starken binnenregionalen Wanderungen zwischen den Stadtbezirken auszugehen, die selbstverständlich Berechnungen, welche sich auf längere Zeiträume stützen, verzerren könnten.

Ähnliche Unterschiede in der Wanderungsbilanz treten zwischen den Bezirken Brandenburgs und noch deutlicher zwischen den Kreisen dieser Bezirke zu Tage. „Nennenswerte Wanderungsgewinne hatten (andere) Bezirke nur bis zum Beginn der 80er Jahre, vor allem jedoch in den 50er und 60er Jahren. Es handelt sich dabei insbesondere um die Bezirke Frankfurt/Oder und Cottbus – Schwerpunkt der Investitionen der DDR-Industrie, namentlich die metallurgische Industrie (Eisenhüttenstadt), chemische Industrie (Schwedt) sowie die Energie- und Brennstoffwirtschaft (Kombinat Schwarze Pumpe).“<sup>225</sup> Das führte dazu, dass auch in einzelnen Kreisen der Bezirke Brandenburgs der Anteil der dort Geborenen deutlich hinter dem Anteil der Zugewanderten lag. Im Schwedt waren lediglich 30,1% der Wohnbevölkerung in der Stadt selbst geboren, in Eisenhüttenstadt (30,2%), Potsdam (33,9%), Cottbus (37,7%) und Frankfurt/Oder (45,2%) lagen die Anteile nur wenig höher.<sup>226</sup>

Wie können nun unter solchen Bedingungen sinnvoll interpretierbare Vergleiche von Erfolgsquoten, die ja nur bei Berücksichtigung längerer Zeiträume berechnet werden können, durchgeführt werden? Eine Möglichkeit hierfür wäre, parallel zur Berechnung der Erfolgsquoten auch die Wanderungsbewegungen selbst in diese Quoten einfließen zu lassen und die zu vergleichenden Ergebnisse entsprechend zu gewichten. Danach könnten, gestützt auf Angaben zur Wohnbevölkerung, für recht umfassende Zeiträume die Veränderungen der Quoten in regionalisierter Form verglichen werden.

Allerdings hat auch diese Vorgehensweise bei genauerer Betrachtung deutliche Schwächen. Die Änderung der Einwohnerzahl vor Ort muss nicht in gleichem Maße mit der Veränderung der Schülerzahl zusammenfallen. So kann der Schulbesuch der Kinder gerade einer Abwanderung aus einer Region entgegenstehen, genauso wie auch die Lebensumstände vor Ort besonders für Familien mit Kindern Gründe geben könnten, abzuwandern. Die Altersschichtung der ab- oder zuwandernden Bevölkerung darf darum nicht als derart ausgeglichen angesehen werden, dass diese direkt in Schulab- bzw. -zuwanderung übersetzt werden könnte. Erst eine Berücksichtigung der tatsächlichen Veränderung der Altersjahrgänge und die Gewichtung der berechneten Erfolgsquoten mit der Veränderung dieser Altersjahrgänge können helfen, Mobili-

---

<sup>224</sup> Grundmann 1998, S. 105, vgl. auch Grundmann 1997.

<sup>225</sup> Ebd., S. 126.

<sup>226</sup> Angaben nach Grundmann 1998, S. 147.

tätseffekte aus den Ergebnissen herauszurechnen. Dabei wurden in dieser Arbeit folgende Formeln zur Berechnung angewandt:

Formel 1: Anpassung der Erfolgsquoten an die Entwicklung der Altersjahrgänge

|   |  |  |
|---|--|--|
| $\Delta(J) = \left( \frac{A_{10}(J+10)}{A_6(J)} - 1 \right) : 10$ | $\Delta(J)$  | anteilige jährliche Änderung der Altersstufen über<br>10 Jahre ab Jahr J   |
| $Q_{10}(J) = \frac{S_{10}(J+9)}{S_1(J)}$                          | $Q_{10-ang}(J) = Q_{10}(J) - Q_{10}(J) * 9 * \Delta(J)$  | $A_x(J)$<br>$S_x(J)$   |
| $Q_{11}(J) = \frac{S_{11}(J+10)}{S_1(J)}$                         | $Q_{11-ang}(J) = Q_{11}(J) - Q_{11}(J) * 10 * \Delta(J)$ | $Q_x(J)$<br>$Q_{x-ang}(J)$   |
|   |  | Wohnbevölkerung im Alter x im Jahr J<br>Schüler/-innen Schulstufe x im Jahr J<br>Erfolgsquote Stufe x Einschulungsjahr J<br>Angepasste Erfolgsquote Stufe x Einsch.-jahr J |

Zuallererst wurde zur Berechnung der angepassten Erfolgsquoten die durchschnittliche Änderung der Altersjahrgänge ermittelt und diese in eine Änderung pro Jahr umgewandelt.<sup>227</sup> Die berechneten Erfolgsquoten wurden dann mit einem mit der Zahl der betrachteten Jahre entsprechend gewichteten Ausgleichsterm modifiziert, der die berechneten Quoten bei einem Anstieg der Altersjahrgänge verringert, bei einem Abfall dieser entsprechend erhöht.

Im Unterschied zur Berechnung (oder direkten statistischen Erfassung) des relativen Schulbesuchs, bei dem Angaben zur Wohnbevölkerung mit den am Schulort erfassten Schülerzahlen ins Verhältnis gesetzt werden, wird bei den modifizierten Erfolgsquoten jedoch lediglich die Veränderung des Altersjahrgangs zur Anpassung genutzt. Die Quoten selbst basieren maßgeblich auf schulortbezogenen Angaben zu den Stufenbesetzungen. Hiermit können, sofern Angaben zu den Altersgruppen vorliegen<sup>228</sup>, angepasste Erfolgsquoten für einzelne Jahre berechnet werden. Ein Vergleich dieser Werte mit den für längere Zeiträume berechenbaren unangepassten Erfolgsquoten kann Aufschluss darüber geben, wie groß die Schwankungsbreite der berechneten Quoten um die tatsächlichen Anteile derjenigen Schüler/-innen in der Region ist, welche die untersuchte Schulstufe erreichten.

### III.3.2. Bildungspendler/-innen

Wesentlich schwieriger abzuschätzen sind die Einflüsse durch Bildungspendler/-innen auf die zu untersuchenden Indikatoren in binnenregionaler Differenzierung. Gerade an den Übergangsstufen in gegliederten Schulstrukturen werden Schüler/-innen beim Wechsel der Schulart möglicherweise eine Schule in einem anderen Kreis bzw. anderen Stadtbezirk wählen. Dies führt dann bei der Berechnung von Übergangsquoten, Erfolgsquoten und auch Angaben zum relativen Schulbesuch zu Verschiebungen der Ergebnisse, da nach einem Schulwechsel einerseits Wohn- und Schulort nicht mehr übereinstimmen müssen und andererseits die ins Verhältnis zu setzenden Schulstufen unterschiedliche Schülergruppen erfassen könnten. Diese Bildungspend-

<sup>227</sup> Hierbei wurde vereinfachend angenommen, dass die Veränderungen der Altersjahrgangsstärken über die Jahre hinweg linear verliefen.

<sup>228</sup> Für West-Berlin wurden die Altersgruppen der 15-jährigen und der sechsjährigen zur Berechnung der durchschnittlichen Veränderung der Altersjahrgänge genutzt.

ler/-innen relativieren die Aussagekraft der Indikatoren in binnenregionaler Differenzierung besonders in Groß-Berlin vor 1945 und Berlin-West.

Da in der DDR eine freie Schulwahl nicht möglich war, erfolgte die Verteilung von Schulplätzen auf Kreis bzw. Stadtbezirksebene. „Für die Planung des Oberschulnetzes ist die kleinste Planungseinheit der Kreis. Infolge der Siedlungsstruktur in den Kreisen kann es jedoch dort zu Überschneidungen mit anderen Kreisen kommen, wo Schüler/-innen aus abgelegenen Gemeinden oder Ortsteilen auf Grund geringer Entfernung, besserer Wegeverhältnisse oder Verkehrsanbindungen zweckmäßigerweise im Nachbarkreis zur Schule gehen. Die Kreisgrenze muß in diesem Falle nicht mit der Grenze des Schulbereichs identisch sein. Es setzt aber voraus, dass mit dem Nachbarkreis Vereinbarungen getroffen wurden, weil für diese Schüler/-innen in den jeweiligen Oberschulen die entsprechende Kapazität zu schaffen ist.“<sup>229</sup> Hier sind somit die Einflüsse von Pendler/-innen zu vernachlässigen und stellen, ebenso wie in Berlin-Ost, wohl eher die Ausnahme dar.<sup>230</sup> Allerdings muss hier auf jene Landkreise hingewiesen werden, deren weiterführendes Schulnetz im Wesentlichen vom zugeordneten Stadtkreis getragen wurde. In diesen Kreisen gingen die Schüler/-innen der Landkreise, die weiterführende Schulen besuchten, in die Schulen der Stadtkreise. Darum werden die Quoten jener Stadtkreise, denen Landkreise zuzuordnen sind, mit bedacht behandelt und, sofern möglich, nur gemeinsam mit den Landkreisen untersucht.

Für Berlin vor 1945, aber auch für Berlin-West nach 1945 müssen jedoch die Pendlerbewegungen ausführlicher diskutiert werden. Diese Bildungspendler/-innen wurden allerdings, mit Ausnahme der später zu betrachtenden Angaben für Einzeljahre zu Berlin-West, nicht statistisch erfasst. Eine Aussage über deren Dimension kann daher nur indirekt, über den Vergleich zwischen den Schulstufen vor und nach dem schulischen Übergang in binnenregional differenzierter Ebene, getroffen werden.

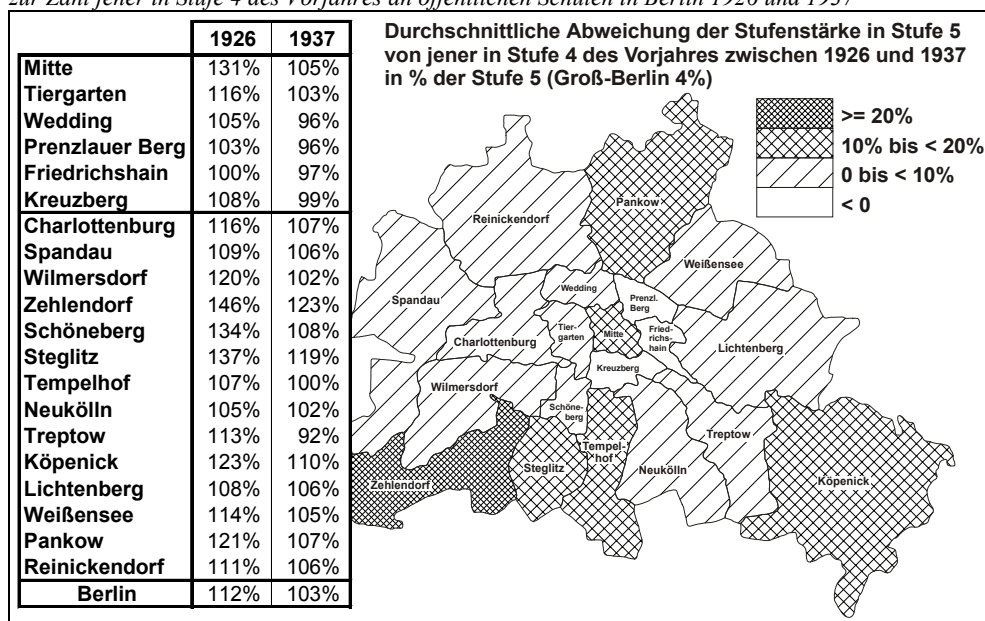
Ein Vergleich der Schülerzahlen in Stufe 4 des Vorjahres mit denen in Stufe 5 an öffentlichen Schulen in allen Bezirken Berlins vor 1945 zeigt dann auch, wie vermutet, deutliche Unterschiede (vgl. Tabelle 2, Seite 73). Selbst in Groß-Berlin insgesamt war dieses Verhältnis nur in den Jahren 1930 sowie 1934 bis 1936 annähernd ausgeglichen. Die Betrachtung der *absoluten* Überschüsse Groß-Berlins in ihrer Entwicklung kann letztendlich auch etwas genauere Hinweise über deren Ursachen geben. So lag der Berlin-weite Überschuss von Schüler/-innen in Stufe 5 gegenüber denen in Stufe 4 des Vorjahres 1926 bei 4.964 Schüler/-innen (11,9%) und verringerte sich bis 1930 auf 627 (1,2%), um sich in den Folgejahren bei ca. 3% einzupendeln –

<sup>229</sup> Lohse/Voigtsberger 1959, S. 27.

<sup>230</sup> Während der Besuch von GS/POS nur unwesentlich durch Pendler/-innen über Stadtkreis- bzw. Kreisgrenzen hinweg beeinflusst wurde, waren OS/EOS wesentlich zentralisierter innerhalb der Regionen verortet (vgl. auch Abschnitt V.7) – Pendeln über Verwaltungsbezirksgrenzen wird darum, wenn überhaupt, besonders bei diesen Schulen eine Rolle gespielt haben. Der Einzugsbereich von Spezialschulen und KJS war generell (stadt-)kreisübergreifend, meist bezirkweit aber auch DDR-weit; Schüler/-innen, die diese Schularten besuchten, sollen hierbei darum nicht als Pendler/-innen im eigentlichen Sinne aufgefasst werden.

diese Entwicklung verlief gerade am Anfang parallel zum Abbau der privaten Vorschulen. Die fehlenden Schüler/-innen in Stufe 4 entstammten somit den (privaten) Vorklassen und gingen dann in die Stufe 5 einer öffentlichen Schule über, wurden also erstmals in einer Statistik der *öffentlichen* Schulen erfasst. Dieses Verhältnis stabilisierte sich nach 1931 bei etwa 3%. Eine mögliche Ursache für die fortdauernden Berlin-weiten Disparitäten könnte die Zahl der Wiederholer sein, die in der Stufe 5 nach dem Übergang auf eine neue Schule mit neuen Lehrer/-innen und neuen Lernanforderungen wahrscheinlich deutlich höher war als in Stufe 4.<sup>231</sup>

Tabelle 2: Verhältnis der Zahl der Schüler/-innen in Stufe 5 zur Zahl jener in Stufe 4 des Vorjahres an öffentlichen Schulen in Berlin 1926 und 1937



Die bisherigen Gründe für die Disparitäten hatten zwar teilweise, wie der Abbau von privaten Vorklassen, durchaus binnenregional unterschiedliche Effekte, können jedoch die auffallenden Unterschiede zwischen den Bezirken nur begrenzt erklären. Ursächlich für diese Verschiebungen in den Stufenstärken waren daher wohl Bildungspendler/-innen, die über die Bezirksgrenzen hinaus eine bestimmte, möglicherweise im eigenen Bezirk nicht vorhandene Schulart besuchten. Diese gezielte Schulwahl wird besonders bei Schüler/-innen mit erhöhter Bildungsaspiration – die eben auch einen größeren Aufwand zum Erreichen ihres Bildungszieles in Kauf nehmen würden – über den eigenen Bezirk hinaus geführt haben, ein Effekt, der bei der Beurteilung der Verteilungen der Schüler/-innen auf die Schularten nach dem schulischen Übergang ebenso wie bei der Berechnung der Übergangsquoten selbst berücksichtigt werden muss. Gerade der an den Sollbruchstellen des Schulwesens ohnehin vorgesehene Wechsel der Schule kann bei Schüler/-innen bzw. Eltern mit hohen Bildungsaspirationen zu einer gezielten Schulwahl unter Inkaufnahme eines potentiell längeren Schulwegs führen.

<sup>231</sup> Wanderungseinflüsse sind als Ursachen für diese Abweichungen unwahrscheinlich, da diese eher gleichverteilt über die Schulstufen liegen sollten. Allerdings kann die Möglichkeit, dass auch hier der Wechsel zur weiterführenden Schule von einem Teil der Eltern als günstiger Zeitpunkt für einen Umzug nach Berlin angesehen wurde, nicht völlig ausgeschlossen werden.

Eine Möglichkeit der Berücksichtigung der Bildungspendler/-innen vor 1945 ist die Kategorisierung nach den Verhältnissen zwischen Stufe 5 und Stufe 4 des Vorjahres im Vergleich zu denen Groß-Berlin insgesamt. Dabei ergeben sich zwei markante Gruppen. In den Bezirken Friedrichshain, Kreuzberg, Prenzlauer Berg und Wedding war das Verhältnis von Stufe 5 zur Stufe 4 des Vorjahres meist geringer als im Durchschnitt Berlins, die Bezirke waren also hauptsächlich von Auspendlern bzw. Auspendlerinnen bestimmt. In Köpenick, Mitte, Pankow, Schöneberg, Steglitz, Tempelhof und Zehlendorf war die Situation genau umgekehrt – diese Bezirke waren hauptsächlich Ziel von Bildungspendlern bzw. -pendlerinnen. Die anderen Bezirke (Charlottenburg, Lichtenberg, Neukölln, Reinickendorf, Spandau, Tiergarten, Treptow, Weißensee und Wilmersdorf) zeigten ein eher wechselhaftes Bild und können in ihren Unterschieden zwischen den Schüler/-innen in Stufe 4 (des Vorjahres) und Stufe 5 nicht als eindeutig von Ein- bzw. Auspendler/-innen geprägt kategorisiert werden.

Die Pendlerströme, das zeigt eine Betrachtung im Zeitverlauf, waren dabei keineswegs über den untersuchten Zeitraum vor 1945 unabhängig von externen Einflüssen wie den absoluten Schülerzahlen in den Übergangsstufen vor Ort. Der erste, kriegsbedingte Einbruch der Geburtenzahlen, der sich im Untersuchungszeitraum durch Schwankungen in den übergangsrelevanten Stufen bemerkbar macht, verlief in allen Stadtbezirken parallel, wenn dabei auch das Niveau des Absinkens der Schüler/-innen in Stufe 5 erheblich differierte. So war in den Arbeiterbezirken eine sehr starke Verringerung der Zahlen zu verzeichnen, in Neukölln und Friedrichshain bis auf 49% des Standes von 1925 im Jahre 1928. Im Gegensatz dazu standen die südwestlichen Bezirke Wilmersdorf und Zehlendorf, in denen die Schülerzahlen nur bis auf 81 bzw. 80 Prozent absanken.

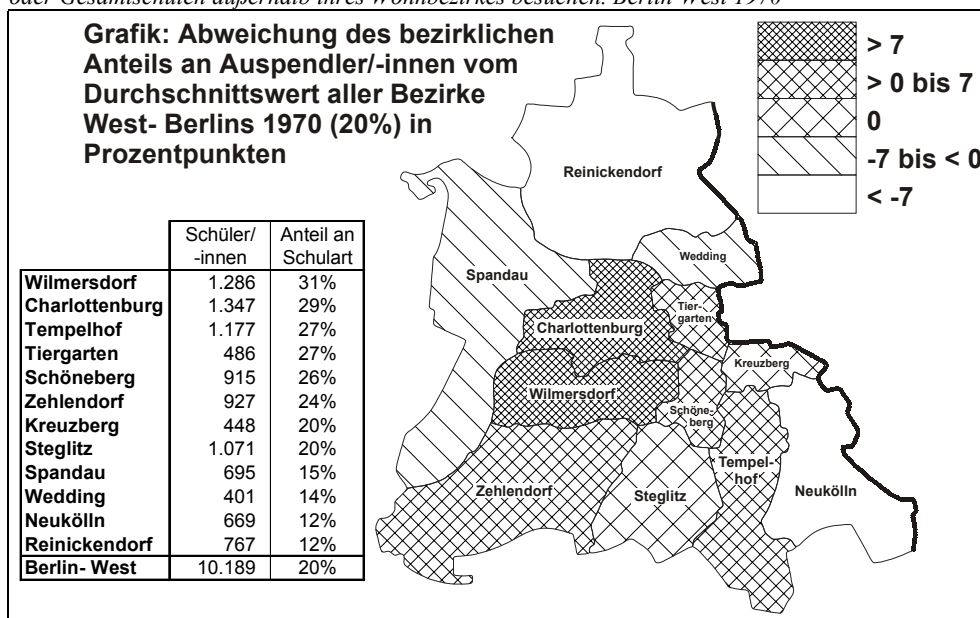
Eine mögliche Veränderung der Schülerströme zwischen den Verwaltungsbezirken, bedingt durch die lokal vorhandenen Schulkapazitäten, kann natürlich bei solchen Dynamiken der Jahrgangsstärken nicht ausgeschlossen werden. Tatsächlich zeigt dann auch ein Vergleich zwischen der Entwicklung der Schülerzahlen in Stufe 4 in Zehlendorf mit dem Verhältnis der Schülerzahl von Stufe 5 des Folgejahres zur aktuellen Stufe 4 im selben Stadtbezirk eine sehr starke negative Korrelation.<sup>232</sup> Die Zahl der Schüler/-innen in Stufe 5 war in Zehlendorf dann besonders viel größer als jene in Stufe 4 des Vorjahres, wenn die absolute Zahl der Schüler/-innen in Stufe 4 im Vorjahr gering war. Allerdings ist dieser Bezirk Berlin-weit eine Ausnahme, bei anderen Stadtbezirken konnte ein solch starker Zusammenhang nicht festgestellt werden. Dennoch kann dies als Hinweis darauf gesehen werden, dass die Schulen in Zehlendorf bei Unterkapazität ihre überschüssigen Plätze mit Schüler/-innen aus anderen Bezirken auffüllten.

---

<sup>232</sup>  $r_{\text{Zehlendorf}} = -0,92$ ;  $r_{\text{Reinickendorf}} = -0,6$ ;  $r_{\text{Pankow}} = -0,59$ ; Die Korrelationen der anderen Verwaltungsbezirke liegen über diesen Werten.

Zu Bildungspendler/-innen in Berlin-West liegen ebenfalls nur sehr wenige Angaben vor. Stallmann hat bei ihrer Untersuchung der Schullaufbahnen von 1973/74 eingeschulten Jahrgängen bereits feststellen können, dass etwa 50% der Schüler/-innen der Ausgangsstichprobe während ihrer Schulkarriere in andere Bezirke der Stadt umgezogen waren oder zumindest auf eine Schule in einem anderen Stadtbezirk gewechselt hatten.<sup>233</sup> Genauere Angaben über jene Schüler/-innen, welche in Berlin-West eine Schule außerhalb ihres Wohnbezirks besuchten, liegen jedoch lediglich als Ergebnis der Volkszählung von 1970 vor. Danach lag der Anteil der Schüler/-innen, welche in eine Grund- oder Hauptschule in einen anderen Stadtbezirk pendelten, mit 5,6% West-Berlin-weit relativ niedrig. In den Bezirken Tempelhof (11,7%) und Wilmersdorf (11,5%) war der Anteil dieser Pendler/-innen jedoch fast doppelt so hoch. Auch in absoluten Zahlen pendelten die meisten Schüler/-innen dieser Schularten aus Tempelhof in andere Stadtbezirke (1.312).

Tabelle 3: Schüler/-innen, welche Gymnasien, Realschulen oder Gesamtschulen außerhalb ihres Wohnbezirkes besuchen. Berlin-West 1970<sup>234</sup>



Ein Minimum im Anteil von Auspendlern und Auspendlerinnen an den Schüler/-innen der Grund- und Hauptschulen wiesen dagegen die Bezirke Neukölln (3,2%) und Wedding (2,8%) auf. Hier war trotz der relativ großen Bedeutung der Hauptschulen offensichtlich ein ausreichendes Angebot dieser Schulart lokal vorhanden.<sup>235</sup> Die absolut geringste Zahl von Auspendler/-innen weist Zehlendorf auf, hier besuchten nur 278 Schüler/-innen eine Grund- oder Hauptschule in einem anderen Stadtbezirk. Dies hatte eine seiner Ursachen in der geringen Relevanz

<sup>233</sup> Stallmann 1990, S. 243

<sup>234</sup> Angaben nach Statistische Berichte, Volks- und Bevölkerungszählung 27.5.1970. Ergebnisse für die Bezirke von Berlin (West). 7. Innerstädtische Berufs- und Ausbildungspendler. Angaben zu Bildungspendlern liegen ebenfalls für die Volkszählung 1961 vor, allerdings wurden dabei Schüler/-innen und Studierende zusammengefasst. Diese Angaben sind darum in diesem Kontext nicht zu verwenden.

<sup>235</sup> Vgl. auch Abschnitt VIII.1.4, Angaben dort jedoch erst ab 1975.

der Hauptschule in diesem Verwaltungsbezirk, andererseits lag auch die Gesamtzahl der Schüler/-innen in diesem Bezirk deutlich hinter der in den anderen Bezirken West-Berlins.

Beim Besuch einer Schule mit einem über den Hauptschulabschluss hinausgehendem Bildungsziel zeigt sich noch deutlicher die Rolle, die in Berlin-West einer stadtbezirksübergreifenden gezielten Schulwahl zukommt. So besuchten 1970 20% aller Schüler/-innen an Gesamt-, Realschulen und Gymnasien eine Schule außerhalb ihres Wohnbezirks. In der Grafik zu Tabelle 3 (Seite 75) sind die Abweichungen der Anteile von Auspendler/-innen dieser Schularten vom West-Berliner Durchschnitt dargestellt. Dabei lagen Wilmersdorf (30,5%) und Charlottenburg (28,9%) deutlich über, Reinickendorf (11,6%) und Neukölln (12,2%) deutlich unter dem Schnitt West-Berlins.

Da für diesen Zeitpunkt keine Angaben über Einpendler/-innen in die einzelnen Stadtbezirke vorliegen, kann hier allerdings nicht mit letzter Gewissheit geklärt werden, ob die Entwicklungen der Bezirke tatsächlich in der beschriebenen Dimension von Pendler/-innen beeinflusst waren. Es besteht zumindest die Möglichkeit, dass der Schülerverlust durch Auspendler/-innen in einem Bezirk über Einpendler/-innen aus den anderen Bezirken kompensiert werden konnte. Eine klare Aussage über die tatsächlich vorliegenden innerstädtischen Schülerströme ist daher auch für Berlin-West nach 1945 nur schwer möglich.<sup>236</sup>

Wie kann nun mit diesen Informationen über Binnenpendler/-innen umgegangen werden? Zuerst sollten diese Schülerbewegungen zwischen den Bezirken bei Interpretationen von Ergebnissen berücksichtigt werden. Unterschiedliche Verteilungen von Schüler/-innen auf die Schularten nach dem Übergang stehen in Berlin vor 1945 und in Berlin-West nach 1945 vor allem für die Disparitäten in den örtlichen Bildungsverhältnissen und den damit verbundenen lokalen Milieus. Eine direkte Ableitung für die binnenregionale Herkunft der Schüler/-innen kann allerdings nicht getroffen werden.

Ein Ausweg aus der geringen Aussagekraft von berechneten Übergangsquoten besteht in der Möglichkeit, diese an Hand der Residuen von Schüler/-innen zu ermitteln, welche nicht auf weiterführende Schulen übergehen. In dieser Gruppe ist die Wahrscheinlichkeit, dass zwischen den Übergangsstufen ein bezirksübergreifender Wechsel zu einer anderen, ausgewählten Schule erfolgt, wesentlich geringer als bei den Schüler/-innen mit hoher Bildungsaspiration. Als Restquote kann dann der tatsächliche Übergang für die Schüler/-innen einzelner Stadtbezirke berechnet werden, ohne durch Bildungspendler/-innen wesentlich verfälschte Ergebnisse zu liefern. Für Berlin-West liegen Angaben zum Übergangswunsch der Eltern nach Verwaltungsbezirken vor. Diese werden, da nicht durch Pendeleinflüsse verzerrt, der Analyse in Abschnitt VIII.1.4 bevorzugt zugrunde gelegt.

---

<sup>236</sup> Vgl. dazu auch die Ergebnisse in Abschnitt IX.2.2.3.